

**Dringliche Interpellation Schwager-St.Gallen / Gschwend-Altstätten:
«Studienreisen nach Russland: Wem ging die politische Vernunft durch die Lappen?»**

Im Jahr 2014 besetzte Russland völkerrechtswidrig die Krim und begann mit verdeckten Angriffen auf die Ostukraine. Trotz gegenteiliger Beteuerungen überzog Putins Russland ab 26. Februar 2022 sein ganzes Nachbarland mit Krieg.

Im Kiewer Vorort Butscha wurden nach dem Rückzug der russischen Armee 458 Leichen gefunden, meist Zivilisten, viele mit verbundenen Händen: Erschossen, erschlagen und zuvor gefoltert. Allein unter der ukrainischen Zivilbevölkerung sind bisher rund 10'000 Tote zu beklagen. Gegen 20'000 Kinder wurden gewaltsam in russisch kontrollierte Gebiete entführt. Für dieses Kriegsverbrechen besteht seit Mitte März 2023 ein internationaler Haftbefehl gegen Wladimir Putin. Dieser hat sich kürzlich in einer Wahlfarce als «Präsident» im Amt bestätigen lassen.

Zu Beginn des ersten Sessionstages im April 2022 gedachte unser Rat den Opfern des verbrecherischen Überfalls mit einer Schweigeminute. Am Regierungsgebäude hing als kleines Zeichen der Solidarität die Flagge der Ukraine.

Verschiedene Mitglieder aus der Ratsmitte, darunter auch der Erstunterzeichnende dieser Interpellation, haben sich nach Kriegsbeginn für die Soforthilfe zugunsten der Menschen in der Ukraine engagiert. Projekte, die nach wie vor laufen. In der Novembersession 2022 beschloss der Rat zudem zulasten des Lotteriefonds Fr. 500'000.– für dringliche Ukraine-Hilfe.

Während seit über zwei Jahren die ukrainische Bevölkerung auf brutalste Weise «reguliert» wird, studierten zwei Mitarbeitende unseres Kantons im Februar 2024 während einer Woche auf Arbeitszeit das russische Wolfsmanagement.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Darf von St.Galler Amtsleitenden ein Mindestmass an politischer Sensibilität erwartet werden, ganz zu schweigen von deren politisch vorgesetzten Stellen?
2. Welche Instanz innerhalb des betreffenden Departements legt grundsätzliche Kriterien fest für bezahlte Studienreisen von Kadermitarbeitenden und genehmigt individuelle Anfragen?
3. Wann, von wem und in welcher Form wurde der zuständige Chef des Departements von der Studienreise in Kenntnis gesetzt?
4. Der Veranstalter verrechnet gemäss Medienberichten pro geschossenem Wolf 1'100 Euro. Die Pelze seien in Russland verblieben. Haben die erfolgreichen Schweizer Schützen diese Kosten tatsächlich selbst getragen oder wurde die Schussprämie anderweitig finanziert?
5. Können allenfalls interessierte Mitarbeitende der Koordinationsstelle Bevölkerungsschutz unseres Kantons ebenfalls damit rechnen, für Studienreisen in die Ukraine wochenweise freigestellt zu werden?
6. Welche Lehren zieht die Regierung aus diesem Vorfall?»

29. April 2024

Schwager-St.Gallen
Gschwend-Altstätten